

Liebe Leser !

Das **Türkei-Volksbegehren** von Dr. Hans-Peter Mayr liegt gut im Rennen. Nicht nur, was die Anzahl der bereits gesammelten Unterstützungen betrifft. Ein interessantes Detail: Es rufen immer wieder sog. Spitzenpolitiker bei Dr. Mayr zuhause an, um sich zu erkundigen, „wie es denn so läuft“ und versichern ihm dabei, dass sie dieses Volksbegehren als sehr wertvoll und notwendig ansähen, z. B. auch aus dem SPÖ-Lager. Zu einer spürbaren Unterstützung war noch keiner bereit. So muß man wohl die Schlussfolgerung ziehen: Es geht den Anrufern um ein Auskundschaften des Fortschritts, um rechtzeitig politisch reagieren zu können.

Unsere **Türkei-Petition** hat Dreiviertel der erforderlichen Unterschriften-Anzahl inzwischen erreicht. Wenn es planmäßig läuft, werden wir ca. Mai /Juni beim Parlament einreichen. Natürlich nur, wenn Sie, geschätzte Leserinnen und Gesinnungsfreunde uns weiterhin unterstützen.

Wie erwartet, plant die schwarz-blaue Regierung die Ratifizierung der **EU-Verfassung** im Parlament zum frühest möglichen Zeitpunkt (Mai 2005). Das Volk soll ahnungslos bleiben und – ohne nennenswerten Widerstand aufbauen zu können – rasch vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

Keine Volksabstimmung, keine objektive Information der Bürger, keine ausgiebige, öffentliche Diskussion. Das ist der politische Stil der Schüssel-Regierung.

Bei den Oppositionsparteien versteckt man sich hinter der Alibi-Forderung einer „europaweiten“ Abstimmung, (EU-rechtlich gar nicht vorgesehen), obwohl die österreichische Bundesverfassung eindeutig bei einer Gesamtänderung eine nationale Abstimmung verpflichtend vorsieht (Art. 44 / 3).

Eine Ratifizierung durch das Parlament bedeutet allerdings noch lange nicht das Inkrafttreten. Dazu müssen alle 25 EU-Länder Ja sagen. Und da stehen noch gewaltige Hürden im Weg. Großbritannien z.B. scheint aus heutiger Sicht bzw. nach Umfrageprognosen zum Glück weit davon entfernt, zu dieser undemokratischen Militär-Verfassung Ja sagen zu wollen. Die Zustimmung der Spanier (**erkauft über reichlich fließende EU-Kohäsionsgelder** in der Höhe von 7 Milliarden Euro jährlich) sagt wenig aus. Da misst das Bündnis einer sehr erfreulichen Tatsache mehr Gewicht bei: Die größte französische Gewerkschaft „CGT“ deklarierte offen ihre ablehnende Haltung (TT, 19. 02. 05) und bei einer Mitgliederzahl, die jene aller

französischen Parteien zusammen übersteigt, stehen die Chancen bei der Abstimmung im Mai oder Juni gar nicht

schlecht. Ein „Nein“ des Kerneuropa-Staates Frankreich würde Brüssels Verfassungs-Ambitionen augenblicklich zu Fall bringen. Noch ist aber alles offen.

Wer die Europäische Union kennt, ihre Nähe zur Nato und zum ERT (European Round Table), weiß von seinen rechtsstaatlich bedenklichen Methoden, das Gesetz nach Belieben biegen zu wollen und taktisch vor keiner bürgerfeindlichen Methode zurückzuschrecken. Man sehe sich nur die **Reihenfolge der Abstimmungen** in den jeweiligen Mitgliedsländern an.

Daher lautet unsere Empfehlung: Seien wir auf der Hut. **Widerstand in jeder Form wirkt** - auch über Grenzen hinweg - und darf nicht nachlassen.

Schreiben Sie an einen Bundesratsabgeordneten (Adressen aus dem Internet herausuchen) und drängen Sie darauf, dass er/sie der Regierungsvorlage „Bundesverfassungsgesetz über den Abschluß des Vertrages für eine Verfassung für Europa“ am 17. 3. 05 im Bundesrat **nicht** zustimmt, sondern einen Gegenantrag mit Volksabstimmung einbringt, oder unterstützen Sie unsere dementsprechende **EU-Verfassungs-Petition**.

Zur Erinnerung: Die Petition (übersetzt, „Bittschrift“ und ist für den Souverän, von dem alles Recht ausgehen sollte, wörtlich genommen eine Zumutung. Umso mehr, wenn das Gesetz keine klaren Zahlengrenzen festlegt, wo das Parlament **handeln muß**) über die Einführung einer übergestülpten EU-Verfassung erinnert die österreichischen Nationalrats-Abgeordneten an den Artikel 44, Abs. 3, wonach bei einer Gesamtänderung der österr. Bundesverfassung eine **nationalstaatlich verbindliche Volksabstimmung** durchzuführen ist. Die Bundesregierung unter der Führung des Bundeskanzlers Wolfgang Schüssel, die sich über diese Mindestverpflichtung hinwegsetzen will, (genauso wie das gesetzesverantwortliche Parlament) handelt ungesetzlich, treulos und gegen das Volk !

Die Folgen dieser EU-Verfassung sind leider den wenigsten Österreichern bewusst. Neben dem **neutralitätspolitischen** Aspekt, sei hier der **staatspolitische** angesprochen.

Nur ein Staat (mit einem Volk) kann sich eine Verfassung geben. Sobald ein „**Staat EU**“ entsteht, **hört gleichzeitig der Staat Österreich auf zu existieren**. Österreich ist dann einer von vielen Bundesstaaten, wie es die USA vorgemacht hat. Die derzeitige Bundesverfassung wird zu einem einfachen

Gesetzeswerk degradiert, und wird (wegen des Verfassungsvorranges) im Falle einer strittigen Anwendung automatisch außer Kraft gesetzt.

Es gibt dann in Österreich **keine nationalstaatlichen Petitionen, keine Volksbegehren und keine Volksabstimmungen** mehr.

Das allein müsste alle bisherigen Volksbegehren-Betreiber und Unterstützer **auf die Barrikaden rufen !**

Einladung

zum

Bündnistag

Leitthema:

Der Staat Österreich muß bestehen bleiben !

Ort : **Markt St. Florian – Festsaal der HBLA** (Höhere Bundeslehranstalt)

Zeit: **Samstag, 2. April 2005**

13.30 Uhr : Mitgliederversammlung

14.30 Uhr : Referat von Dr. H.P. Mayr, Tirol
Initiator des „Türkei-Volksbegehrens“

Thema: „**Türkei-Volksbegehren – letzte Chance für Österreich?**“
Diskussion

16.00 Uhr : Gastreferat von Kurt Köpruner,
Unternehmer, Autor

Thema: „**Kommt die EU-Verfassung, so existiert der Staat Österreich nicht mehr.**“
Diskussion

Vorerst gut gegangen !

Liebe Leser, wußten Sie, dass nur durch massiven Druck des französischen Präsidenten Jacques Chirac, des deutschen Bundeskanzlers Schröder, und der deutschen Gewerkschaften die „**EU-Richtlinie zu Dienstleistungen im Binnenmarkt**“, nun überarbeitet werden muß.

Sie hätte einen noch nie gesehen Wettbewerb um niedrigsten Umweltauflagen, schlechteste Arbeitsbedingungen und geringsten Schutz für die Menschen ausgelöst. Sie stellt den bisher massivsten Angriff auf öffentliche Dienstleistungen und Rechtssicherheit dar. (Entspräche dem GATS-Abkommen auf EU-Ebene) Diese Richtlinie brächte den Konzernen maximale Freiheit, während sie den Schutz der Konsumenten, Arbeitnehmer und der Umwelt radikal herabsetzt. (aus „Zeit-Fragen“, 8 / 2005)

Warum haben Bundeskanzler Schüssel oder die Gewerkschaften in Österreich nicht dagegen protestiert ??

Auch wenn diese Dienstleistungsrichtlinie „auf Eis gelegt wor-

den“ scheint, ist größte Aufmerksamkeit angebracht. Die Konzerne werden ihren Druck auf die EU-Kommission bestimmt nicht verringern.

Barroso : „Österreich soll 3x so viel zahlen !“

Vor kurzem hatten wir die „Ehre“, den Kommissionspräsidenten Barroso, anlässlich der Feierlichkeiten zum 10. Jahrestag des EU-Beitritts Österreichs in Wien begrüßen zu können.

Und was hat Herr Barroso im Gepäck mitgebracht ?

Die forsche Forderung, Österreich möge gefälligst 3x so viel an Brüssel zahlen, wie bisher ! Dies ist umso erstaunlicher, als Barroso Portugiese ist, also aus einem Nettonehmerland kommt. Doch damit nicht genug. Portugal gehört zu den Sorgenkindern der EU. Voraussichtlich wird das Budget-Defizit heuer 4, 5 Prozent betragen. Maastricht-Kriterien, nie gehört ? Bei Österreich aber hat die Kommission die Kühnheit, das zu hohe Budget-Defizit (ca. 1,3 Prozent) zu rügen !

Da wird mit zweierlei Maß gemessen.

Die einen sündigen, die anderen werden gerügt. Wo bleibt da die vielgepriesene Gerechtigkeit, die die EU auf ihre Fahnen geschrieben hat ?

Manuel Barroso ist Nachfolger von Jaques Delors und Romano Prodi. Lauter Romanen also. Wann werden Nicht-Romanen und Nettozahler den Kommissionspräsidenten stellen ? Was geschieht eigentlich mit dem vielen Geld, das Österreich an Brüssel überweist ?

Es kommt u.a. den Tschechen zugute, die an unseren Grenzen wohnen. Sie werden aufgepäppelt und konkurrenzieren die Österreicher, denen die Förderung entzogen wurde, zu Tode. Ein gänzlich widersprüchliches System.

Sogar in einem Bienenzüchterverein zahlt jedes Mitglied denselben Mitgliedsbeitrag. Nur in der EU – fairer Wettbewerb gehört doch angeblich zu ihren Grundprinzipien – nicht ! Die sogenannten Ausgleichszahlungen sind das genaue Gegenteil von Wettbewerb !

Und welche Lehre lässt sich aus der Misere ziehen ? Es muß Schluß sein mit Zahlungen an Brüssel, ein für alle Mal !

(Leserbrief vom Observator, Wien)

In eigener Sache

Wenn Sie, lieber Leser, verehrte Leserin die Arbeit des Bündnisses unterstützen wollen, so haben Sie viele Möglichkeiten. Kontaktieren Sie uns bitte!

Falls Sie beiliegend zu unserem Rundbrief einen Erlagschein finden, so sehen Sie darin bitte keine versteckte Verpflichtung, wenngleich wir offen gestehen, dass finanzielle Zuwendungen für unsere Arbeit gerade im Hinblick auf die hohen Druck- und Portokosten eine große Hilfe wären. Wir erhalten keinen Cent aus öffentlichen Fördertöpfen.

Sollten Sie sich zu einer Spende entschließen, die wir auch als eine Zustimmung zu unseren Bemühungen ansehen, so danken wir im Voraus sehr herzlich!